



EUROPAS SICHERHEIT  
IN DER ZEITENWENDE

**SEI KEINE SCHWACHSTELLE,  
ÖSTERREICH!**

Unter Mitarbeit von Teresa Reiter

## DIE ZENTRALEN AUSSAGEN

- **Der brutale russische Angriffskrieg auf die Ukraine und dabei auf die europäische Sicherheit sowie Demokratie zugleich hat in Europa die lauteste sicherheitspolitische Debatte seit dem Kalten Krieg ausgelöst. Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik scheint dringender denn je. Stattdessen sind GSVP-Diskussionen auf europäischer Ebene weiterhin von innenpolitischen Impulsen der Mitgliedstaaten getrieben.**
- **Um das Ziel eines geopolitisch starken Europas zu erreichen, ist es Aufgabe jedes EU-Mitgliedstaats, dafür zu sorgen, unerwünschter Einflussnahme von Dritten keine Angriffsfläche zu bieten. Um dahingehend keine Schwachstelle zu sein, ist Österreich aufgerufen, einen offenen und ehrlichen Dialog über die nationale Sicherheit und die Rolle der Neutralität innerhalb Europas zu führen.**
- **Die Weltpolitik steht vor einer Wende, weg vom unipolaren System unter US-amerikanischer Führung hin zu einem bipolaren oder gar multipolaren System mit konkurrierenden regionalen Mächten, und das vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen. Um im Konkurrenzkampf zwischen den USA und China nicht zerrieben zu werden, muss sich die EU geopolitisch neu aufstellen.**
- **Eine vertiefende sicherheits- und verteidigungspolitische Integration Europas scheiterte bisher erstens an unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen und Sicherheitsprioritäten der Mitgliedstaaten und zweitens an der mangelhaften europäischen Industriepolitik im Rüstungssektor. Solange einzelstaatliche Wirtschaftsinteressen und heimische Industrieunternehmen wichtiger sind als europäische Beschaffungsvorgänge, wird aus Europa auch kein autarker Global Player.**

- › **Der Klimawandel und seine Folgen sind die größte strukturelle Bedrohung für die Sicherheit und das Leben aller Menschen auf der ganzen Welt. Trotz dieser Erkenntnis steht der Kampf dagegen nicht an erster Stelle, sodass der Ausbau Erneuerbarer Energien nicht in der erforderlichen Geschwindigkeit erfolgt. Fatale Folgen wie Klimaflucht, zerfallende Staaten, Wasserkriege und Hungersnöte sind in Zukunft zu erwarten.**

## EINLEITUNG

**Viele, wenn nicht gar die meisten politischen Errungenschaften von größerer Bedeutung sind eine Reaktion auf ein konkretes (bedrohliches) Ereignis. Die Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 oder der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nach den Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs 1952 sind ebenso Beispiele dafür wie das Einläuten der deutschen Energiewende nach dem Reaktorunglück von Fukushima 2011.**

Auch der Integrationsgrad der Europäischen Union schreitet besonders dann fort, wenn die EU durch ein Ereignis oder akkumulierende Ereignisse mit dem Rücken zur Wand steht. Ähnlich verhält es sich mit der Einigkeit der Staaten innerhalb der Union bei Angelegenheiten, die weiterhin im Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten liegen. „Europe will be forged in crises, and will be the sum of the solutions adopted for those crises“, schrieb Jean Monnet, Wegbereiter des gemeinsamen Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, in seinen Memoiren.

Zu einem gewissen Anteil wird gemeinsame EU-Politik maßgeblich von Krisen angestoßen und ist somit defensiv statt mittel- und langfristig vorausplanend. Jede Krise, die zusätzlichen Druck für den Status quo der Union bedeutet, kehrt ihre schon lange bestehenden Schwächen bei Außen- und Sicherheitspolitik hervor. Diese Schwächen liegen – metaphorisch gesprochen – ohnehin in der Auslage der EU, wo jede:r sie sehen kann. Ein Beispiel dafür ist die Trägheit europäischer Entscheidungsmechanismen, bedingt

durch das Einstimmigkeitsprinzip, das bei Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) nach wie vor gilt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Gegner:innen des europäischen Systems diese vor ihnen ausgebreiteten Schwächen nutzen. Jede Krise, jeder effektive Angriff auf Europa – mit welchen Mitteln auch immer – stößt außerdem eine Menge indirekter Effekte an, seien sie positiv oder negativ. Russlands Krieg gegen die Ukraine ist die bedeutendste Bruchlinie für die Art, wie man in den letzten 30 Jahren EU Sicherheits- und Verteidigungspolitik gedacht hat. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz nannte dies bekanntlich eine „Zeitenwende“, andere mögen andere Namen dafür finden.

Was aber den meisten klar sein sollte, ist, dass in Europa etwas kaputtgegangen ist und wir bisherige Doktrinen und Strategien überdenken sollten. In einigen Ländern und einigen Politikbereichen passierte das sehr schnell. Die Entscheidung Finnlands und Schwedens für einen NATO-Beitritt etwa, oder die veränderte Haltung Deutschlands (vor allem links der Mitte) bezüglich Waffenexporte an einen Partnerstaat in einem bewaffneten Konflikt sind Beispiele dafür. Schließlich zeigt der aktuelle russische Angriffskrieg, dass weder Demokratie noch Frieden in Europa selbstverständlich sind und paradoxerweise der Einsatz von militärischen Mitteln zur Verteidigung beider derzeit notwendig ist.

Dieser Krieg in Europa wirft eine Menge Fragen für die Mitgliedstaaten der Union auf. Er ist die ideale Gelegenheit für den Ausbruch einer Identitätskrise, die

seit einigen Jahren schwelt und an deren Ende so etwas wie eine gemeinsame Vision für Europas zukünftige Rolle in der Welt stehen könnte. Andererseits könnte es auch bedeuten, dass Europa daran scheitert, sich nachhaltig über einen außen- und sicherheitspolitischen Kurs einig zu werden. In der Vergangenheit konnte man diese Aufgabe mitunter der NATO überlassen. Doch das ist nicht mehr so einfach. Die USA bemühen sich, Europa die Verantwortung über Finanzierung von und Verteidigung seiner eigenen Sicherheit zu übergeben, um sich auf die Region des Indopazifik fokussieren zu können (White House, 2022; Townshend, 2022).

Anderer NATO-Mitglieder, die aktuell mehr oder weniger autokratisch geführt werden, nutzen die NATO-Strukturen, um politisches Kleingeld zu wechseln oder sich einen besonderen Vorteil zu verschaffen. Das bedeutendste Beispiel dafür ist die Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan, die etwa die Zustimmung für den Beitritt Finnlands und Schwedens hinauszögerte oder gar öffentlich eine engere Zusammenarbeit mit Putin verkündet. Warum diese Vorgehensweise für die Türkei zumindest oberflächlich betrachtet gewinnbringend ist, liegt auf der Hand, doch für andere Player (nicht nur Finnland und Schweden) erschwert sie die Lage massiv. Es wäre also günstig, die EU fände auch parallel zur NATO einen gemeinsamen sicherheitspolitischen Kurs, mit dem sich die direkten und indirekten Effekte von Russlands Krieg in der Ukraine bewältigen ließen und am Ende zu einer für die Ukraine akzeptablen Lösung dieses Konflikts beigetragen werden könnte.



## HERAUSFORDERUNG UND FAKTENLAGE

**Der brutale russische Angriffskrieg auf die Ukraine und gleichzeitig auch auf die Sicherheit Europas und das regelbasierte internationale System stieß in Europa die breiteste und lauteste sicherheitspolitische Debatte seit dem Kalten Krieg an.**

Anders als bei anderen sicherheitspolitischen Krisen (z.B. der Abzug der NATO aus Afghanistan 2021) halten sich nicht nur die aktuellen Ereignisse im Kriegsgebiet in den Schlagzeilen, sondern auch die Implikationen für den sicherheitspolitischen Diskurs; auch ein Jahr nach Kriegsbeginn. Die Grausamkeit der russischen Armee und Paramilitärs, deren zivile Opfer keine Nebeneffekte einer militärischen Auseinandersetzung sind, sondern das Resultat einer Strategie, die darauf abzielt, größtmögliches Leid in der ukrainischen Zivilbevölkerung zu verursachen, wird Europa und der Welt noch lange im Gedächtnis bleiben.

Die alles überlagernde Herausforderung für die europäische Sicherheitspolitik ist aktuell also die möglichst schnelle Beendigung dieses Kriegs und des dadurch verursachten menschlichen Leids. Während dies das Ziel Europas, der NATO und selbstverständlich der Ukraine selbst ist, so werden wohl noch viele Waffenlieferungen und andere militärische und zivile Unterstützungsformen für die Ukraine und weiterhin strenge Sanktionen gegen Russland notwendig sein, um dies zu erreichen. Damit einher geht für politische Führungspersonlichkeiten der Partnerstaaten der Ukraine auch, die Zustimmung ihrer Wähler:innenschaft zu dieser Unterstützung beizubehalten. Die Kriegsmüdigkeit der vom Bombenhagel nicht direkt betroffenen

Europäer:innen und Amerikaner:innen ist eine, angesichts der Kampfhandlungen mitunter nebensächlich erscheinende, Herausforderung, die sich allerdings fatal auf die Verteidigungsfähigkeit Europas in diesem Konflikt auswirken kann. Wer auch immer den Sieg auf dem Schlachtfeld davonträgt, es ist unwahrscheinlich, dass nach Ende der unmittelbaren Kampfhandlungen eine Phase der Ruhe und Stabilität einkehrt. Die deutsche Sicherheitsforscherin Claudia Major sagte in einer Talkshow: „So wie der Krieg endet, so wird der Frieden sein.“ (SRF, 2022).

Die sicherheitspolitische Multitaskingfähigkeit der EU ist gefordert, wenn es nun darum geht, einerseits Entscheidungen zu treffen, die der Beendigung dieses Krieges und einem Wiederherstellen der Stabilität dienen, und andererseits langfristige, tiefgreifende Reformen anzugehen, um seine markanten Schwächen in entscheidenden Bereichen auch für zukünftige Challenges der regelbasierten Weltordnung auszugleichen. Zu diesen Schwächen zählen die im Folgenden beschriebenen vier Punkte, die augenblicklich der akuten Katastrophe, die der russische Krieg in der Ukraine für Europa bedeutet, nachgereiht sind, auf lange Sicht jedoch eine entscheidende Rolle für Europas Sicherheit spielen. Österreichs wichtigster Beitrag zu all diesen Punkten wird sein, nicht selbst die Schwachstelle zu sein und damit Europa angreifbar zu machen.

Seit mehr als zehn Jahren wiederholen Politiker:innen bei jeder Gelegenheit das Bekenntnis dazu, „die großen Herausforderungen auf europäischer Ebene“ lösen zu wollen, und jedes Mal zählen sie Sicherheits- und Verteidigungspolitik

zu diesen „großen Herausforderungen“. Europa, so betonen die politischen Führungspersonlichkeiten Europas, soll „eine starke Rolle“ in der Welt spielen und „seine Werte exportieren“, damit es sich nicht „Instabilität importiert“, so lauten die beliebtesten Politiker:innen-Phrasen zum Thema. Ein Highlight unter den tatsächlichen Folgen dieser Worte ist der Strategische Kompass der Europäischen Union, der die Ausrichtung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union festlegen sollte. Der Kompass war das Ergebnis langer Überlegungen und einer schließlich kurzfristigen Neureihung von Prioritäten aufgrund des kurz vor Beschluss ausgebrochenen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Er soll die Leitlinie für gemeinsames sicherheits- und verteidigungspolitisches Handeln der EU sein. Dafür wäre es zweifellos hilfreich, wenn alle politischen Entscheidungsträger:innen im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik diesen gelesen und seine Eckpunkte verinnerlicht hätten. Stattdessen sind GSVP-Diskussionen auf europäischer Ebene weiterhin von innenpolitischen Impulsen der Mitgliedstaaten getrieben, und so schnell wird sich das auch nicht ändern. Doch es gäbe viele gemeinsame europäische Herausforderungen, bei denen es sich lohnen würde, auf die Suche nach den nationalen Positionen der EU-Mitgliedstaaten zu gehen, um am Ende zu einer fundierten europäischen Lösung zu gelangen.

Dieses Briefing konzentriert sich auf die folgende Auswahl an Herausforderungen:

1. Europas Beziehung zu den USA und seine Loyalitäten in einer multipolaren Welt
2. Europäische Rüstungsindustriepolitik
3. Abwehr unerwünschter außereuropäischer Einflussnahme auf unsere Demokratien
4. Klimawandel als Sicherheitsbedrohung
5. EU-Erweiterungspolitik

## 1. EUROPAS BEZIEHUNG ZU DEN USA UND SEINE LOYALITÄTEN IN EINER MULTIPOLAREN WELT

**Die Weltpolitik steht vor einer Wende: weg vom unipolaren System unter US-amerikanischer Führung hin zu einem bipolaren oder gar multipolaren System mit konkurrierenden regionalen Mächten in einem Gesamtkontext von knapper werdenden Ressourcen und erhöhtem Druck auf Gesellschaften durch die Klimakrise.**

Durch historische Verbindungen, aber auch aktuelle zentrale Bündnisse wie die NATO war Europa bisher – trotz wachsender wirtschaftlicher Abhängigkeiten von China – ein Verbündeter der USA. Mit der Verschärfung des Konkurrenzverhältnisses zwischen den USA und China und einer steigenden Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen den beiden in naher Zukunft ist die Europäische Union gefordert, ihre langfristige Position in diesem Spannungsfeld zu entwickeln, um nicht zwischen den Fronten zerrieben zu werden. In der Wahrnehmung Chinas und Russlands gehört Europa bereits zu den USA, und jede eigenständige Positionierung wird in Moskau und Peking erst einmal als zweitrangig gesehen werden. Eine europäische Position kann auch ein uneingeschränktes Bekenntnis zur transatlantischen Partnerschaft und somit zur Übernahme der US-Position sein, doch sollte es jedenfalls eine bewusste Entscheidung Europas sein, statt ein bloßes Mitgerissenwerden.

### Fakten

- Die USA und EU zählen zu den größten Wirtschafts- und Handelsmächten der Welt, auch wenn andere Staaten wie China mit ihrem wirtschaftlichen Aufschwung zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz werden.
- Die USA und die EU plus Großbritannien gehören zu den größten Militärmächten der Welt.
- Die USA und die EU sind die größten Demokratien der Welt und als einzige in einer Position, ihre liberalen Werte durch kluge geopolitische Maßnahmen und diplomatische Aktivitäten in die Welt zu exportieren.
- Die USA und Europa sind führend in den internationalen politischen Beziehungen und zentrale Geber von Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe.
- Die USA und große europäische Staaten wie Frankreich und Deutschland gehören zu den einflussreichsten Staaten im diplomatischen Kontext und vertreten oft ähnliche Positionen, was vorwiegend am gemeinsamen NATO-Engagement, aber auch am historischen Erbe liegt.
- Konflikte zwischen beiden Partnern betreffen oft die Bereiche Handel (Protektionismus, Wett-

bewerbsrecht), unzulässige Nachrichtendienstaktivitäten (NSA) und militärische Interventionen der USA in der Welt (Irak-Krieg, Afghanistan-Krieg und Abzug aus Afghanistan).

- Die Konfliktlösung in diesen Bereichen erfolgt wenn dann friedlich, wobei sich während der Präsidentschaft Donald Trumps gezeigt hat, wie stark personenabhängig die Beziehung zwischen den beiden Partnern ist.

## 2. EUROPÄISCHE RÜSTUNGS-INDUSTRIEPOLITIK

**Eine weitere sicherheits- und verteidigungs-politische Integration Europas scheiterte bisher erstens an unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen und Sicherheitsprioritäten der Mitgliedstaaten und zweitens an der mangelhaften europäischen Industriepolitik im Rüstungssektor.**

Solange europäische Beschaffungsvorgänge dadurch verunmöglicht werden, dass bei jedem solchen potenziell gemeinsamen Beschaffungsprozess alle Mitgliedstaaten mit nennenswerter Rüstungsindustrie darauf bestehen, dass ihre eigenen Industrieunternehmen profitieren, wird Europa diesbezüglich keine Fortschritte machen.

### Fakten

- Die europäische Luftfahrt- und Rüstungsindustrie verzeichnet jährlich einen Umsatz von über 100 Milliarden Euro und ist direkt verantwortlich für mehr als eine halbe Million Jobs.
- Der europäische Rüstungsmarkt ist von großer Fragmentierung und mangelhafter industrieller Kooperation gekennzeichnet (Europäische Kommission, 2016).
- Europas Wettbewerbsfähigkeit leidet darunter, dass die Rüstungsbetriebe seiner Mitgliedstaaten stark miteinander konkurrieren. Der schwedische Thinktank SIPRI (2022) berechnete, dass führende asiatische und ozeanische Rüstungsunternehmen bereits 2021 gemeinsam ein wesentlich größeres Wachstum verzeichneten als Europas Top-27-Rüstungsfirmen zusammengenommen.
- Die Europäische Kommission verfügt seit 2021 über eine Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum, deren vorwiegende Verantwortung die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Verteidigungsindustrie und Innovation dieser sind. Sie implementiert den European Defence Fund und soll eine europäische Vorgehensweise bei Beschaffungen im Verteidigungsbereich promoten sowie den

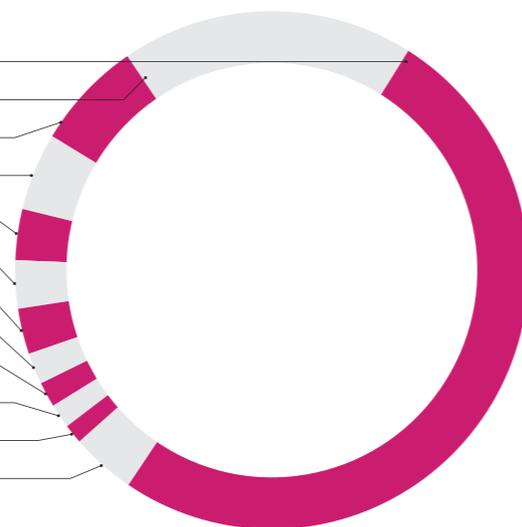
Aktionsplan für militärische Mobilität in Europa implementieren (DG DEFIS, 2021).

- Immer noch blockieren unterschiedliche nationale Wirtschaftsinteressen europäische Beschaffungsprojekte im Verteidigungsbereich. Ein Beispiel ist die Nicht-Teilnahme mehrerer europäischer Staaten (Frankreich, Italien, Polen) an der European Sky Shield Initiative: Als Konsequenz der russischen Drohungen mit einem Atomschlag gegen den Westen starteten mehrere NATO-Staaten eine Initiative zur gemeinsamen Rüstungsbeschaffung, um offenkundige Lücken in der europäischen Luftabwehr zu schließen.

Die Systeme, die bei Gründung dieser Initiative im Oktober 2022 im Gespräch waren, sind das in den USA hergestellte Patriot-System, das in Deutschland hergestellte IRIS-T und eventuell das US-finanzierte israelische System Arrow 3. Während Patriot und IRIS-T verhältnismäßig unstrittig sind, da sie bereits in einigen NATO-Staaten genutzt werden, hat Frankreich mit der Anschaffung des Arrow 3 insofern ein Problem, als es ein Konkurrenzsystem zum franco-italienischen System „Mamba“ darstellt. Frankreich und Italien nehmen also nicht an der Initiative teil. Auch andere NATO-Mitgliedstaaten haben individuelle rüstungswirtschaftliche Interessen, die sich mit Sky Shield schwer vereinbaren lassen.

### Prozentueller Anteil an Rüstungsverkäufen der SIPRI Top 100 für 2021 nach Ländern

United States 51%  
China 18%  
United Kingdom 6.8%  
France 4.9%  
Trans-European 3.2%  
Russia 3.0%  
Italy 2.8%  
Israel 2.0%  
Germany 1.6%  
Japan 1.5%  
South Korea 1.2%  
Other 4.0%



Quelle: SIPRI Factsheet:

THE SIPRI TOP 100 ARMSPRODUCING AND MILITARY SERVICES COMPANIES, 2021, veröffentlicht 2022.

## 3. ABWEHR UNERWÜNSCHTER AUSSEREUROPÄISCHER EINFLUSSNAHME AUF UNSERE DEMOKRATIEN

**Der strategische Schock innerhalb der EU infolge des russischen Kriegs gegen die Ukraine zeigte das Ausmaß der Abhängigkeiten, durch die sich Europa von Russland beeinflussbar gemacht hat.**

Während nun aufgrund der wirtschaftlichen Sanktionen diese Abhängigkeiten reduziert werden (sollen), sattelt Europa zum Teil notgedrungen auf andere Energiezulieferer um, denen es, hätte es die Wahl, auch keine Macht über sich geben wollte. In anderen Bereichen, wie bei Rohstoffen und seltenen Erden, aber auch bei Solar- und Telekommunikationstechnologien begeben sich einige Mitgliedstaaten erst recht in die Abhängigkeit von vorwiegend China. Gleichzeitig instrumentalisiert die Türkei gezielt die türkische Diaspora Europas, um Europa zu schwächen, und islamistische Gruppen nutzen Europas Schwäche in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik aus, um junge Menschen zu radikalieren oder Europas Aufmerksamkeit mit der Bewältigung dieser Phänomene zu binden, damit anderswo Gewinne gemacht werden können. Die Auswirkungen dieser Einflussnahme werden Europas Handlungsspielraum in den nächsten Krisen bestimmen.

### Fakten

- Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind seit langem Ziel asymmetrischer Attacken durch Dritte. Dazu gehören Desinformationskampagnen, Cyberangriffe, aber auch gezielte Finanzierung von politischen Parteien und Gruppierungen, die der Spaltung der Gesellschaft in europäischen Mitgliedstaaten dienen sollen.
- Taktische Investments aus dem Ausland in zum Teil kritische Infrastruktur der Europäischen Union haben zu mehr Bewusstsein bezüglich Investment Screening und entsprechenden Gesetzen geführt, die allerdings zum Teil noch in den Kinderschuhen stecken.
- Der Fall Cambridge Analytica und seine Auswirkungen auf die US-Wahlen 2016 beschleunigten das Umdenken in Europa, und einzelne Staaten setzten Maßnahmen, um fremden Einfluss auf ihrem Territorium zu begrenzen (Berzina und Soula, 2020).
- 2018 kündigte die französische Regierung den Paris Call for Trust and Security in Cyberspace an, der ein Aufruf zur Kooperation zur Abwehr bössartiger Einmischung von Fremdakteuren ist. Er wurde von über tausend nationalen und lokalen Regierungen sowie von Vertreter:innen der

Zivilgesellschaft und der Industrie unterschrieben (Paris Call, 2018).

- Chinesische Firmen (d.h. die chinesische Regierungspartei) verfügen über Anteile an einer breiten Palette von europäischen kritischen Infrastruktur-Einrichtungen. Dazu gehören bekanntlich Häfen, aber auch Energieunternehmen und Bereiche der Telekommunikationsinfrastruktur. Diese Situation ist ein Teil des Erbes der Finanzkrise, die 2012 bis 2015 zu massiven Sparmaßnahmen in Europa und folglich auch zur Veräußerung von Infrastruktur führte (Tidey, 2022). Besonders vulnerabel ist Europa in diesem Zusammenhang beim 5G-Ausbau, weswegen auch die Europäische Kommission die beiden chinesischen Hauptlieferanten für 5G-Infrastruktur (Huawei und ZTE) als Hochrisikolieferanten einstufte und Beschränkungen in allen Mitgliedstaaten forderte (Koch, 2022), um die Spionagegefahr einzuschränken. In Österreich setzen große Mobilfunkanbieter beim 5G-Ausbau weiterhin auf Huawei und ZTE (Sulzbacher, 2020).
- Der russische Krieg gegen die Ukraine sowie die Rolle, die China bisher dabei spielt, richtet den Scheinwerfer wieder stärker auf Möglichkeiten der Einflussnahme Dritter in Europa, beispielsweise über Energiepolitik.

- In der Türkei werden im Juni 2023 Wahlen stattfinden, die erfahrungsgemäß wahrscheinlich auch in Diaspora-Communitys Europas bzw. Türkei-affilierten politischen Gruppen spürbar sein werden (Wiener Zeitung, 2018).

## 4. KLIMAWANDEL ALS SICHERHEITSBEDROHUNG

**Der Klimawandel und seine Folgen sind die größte strukturelle Bedrohung für die Sicherheit und das Leben der Europäerinnen und Europäer und aller Menschen auf der ganzen Welt.**

Obwohl diese Botschaft mittlerweile zur überwiegenden Mehrheit der Europäer:innen und auch in den Rest der Welt durchgedrungen bzw. überall spürbar ist, so wird der Klimawandel im Sicherheitskontext noch immer als langfristiges Problem gesehen, das akuten – in ihrer Auswirkung aber vergleichsweise kleineren – Krisen gegenüber Nachrang hat. Europa macht überwiegend die richtigen Bekenntnisse zur Bekämpfung des Klimawandels, setzt aber bei weitem nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel ein, um auf diesem Gebiet global einen Effekt zu erzielen. Infolge des Kriegs in der Ukraine geriet Europa in eine Energieversorgungssicherheitskrise, aufgrund derer zwar das Thema Autarkie durch erneuerbare Energien als Idee auf den Tisch kam, gleichzeitig aber zu unsaubereren Energieformen wie Kohle zurückgekehrt wurde. Glaubt man den politischen Ansagen, sollte das eine kurzzeitige Überbrückung bis zur Versorgung rein durch Erneuerbare Energien darstellen. Der Ausbau der Erneuerbaren hat jedoch nicht die Geschwindigkeit erreicht, die es bräuchte, um tatsächlich eine kurze Dauer bei der der provisorischen Rückkehr zur fossilen Energiequellen zu garantieren. Klimaflüchtlinge, zerfallende Staaten, Wasserkriege und Hungersnöte werden die sicherheitspolitischen Folgen des diesbezüglichen globalen Versagens sein (SWP, 2022). Europa hat dagegen aktuell vorwiegend Mittel

zur Symptombekämpfung in der Hand, behandelt aber weiterhin die Klimakrise nicht als die akute Sicherheitsbedrohung, die sie ist.

### Fakten

- Dem letzten Report des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) vom April 2022 zufolge ist die Welt auf dem Weg zu einer Klimaerwärmung um mehr als das Doppelte des 1,5°-Celsius-Limit. Diesen Grenzwert hat sich die UN 2015 in Paris auferlegt, um eine weltweite Katastrophe zu verhindern (IPCC, 2022), wodurch der Planet für Menschen und viele andere Lebewesen unbewohnbar werden könnte.
- Der Klimawandel erhöht das Risiko für bewaffnete Konflikte in der Welt (z.B. Mach et. al., 2019).
- Durch Klimawandel verursachte Ressourcenknappheit wird zu einem Anstieg internationaler Migration führen und zu einer stärkeren Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten. Letztere sind stark von globalen Lieferketten abhängig, die wiederum vulnerabel gegenüber einer großen Bandbreite von Störungen sind. Beispiele sind etwa der Krieg in der Ukraine oder Pandemien wie Covid-19 (Chibani, 2022).

- Seit 2009 waren im Durchschnitt 20 Millionen Menschen pro Jahr auf der Flucht vor extremen Wetterereignissen, von denen viele auf den Klimawandel zurückzuführen sind (IPCC, 2022).
- Dem IPCC-Bericht zufolge gehen Expert:innen davon aus, dass bis zum Jahr 2050 zwischen 31 und 72 Millionen Menschen aus Subsahara-Afrika, Südasien und Lateinamerika vor den Folgen des Klimawandels flüchten werden, wobei der überwiegende Anteil von Klimavertriebenen auf Afrika entfallen wird. Zu den diesbezüglich genannten Faktoren zählen Wassermangel, Anstieg des Meeresspiegels und Ernteauffälle, die selbst bei intensiven globalen Bemühungen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion eintreten werden.
- Die MENA-Region hat seit 1850 nur etwa 3 Prozent der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht (Gaub, Lienard, 2021), wird aber vom Klimawandel am härtesten getroffen werden. Das bedeutet mehr Hitze, Trockenheit und einen härteren Kampf um Ressourcen, besonders Wasser.
- Die Klimaerwärmung hat auch in Österreich bedrohliche Auswirkungen auf den/die Einzelne:n. So bezifferte die AGES (2022) die Hitze-assoziierte Übersterblichkeit für das Jahr 2022 mit 231 Personen. Hinzu kommen Waldsterben, besonders bei Fichtenwäldern, eine schnellere Ausbreitung von Schädlingen wie dem Borkenkäfer und

Gletscherrückgänge (WWF, 2019), alles Phänomene, die sich sowohl auf die Umweltqualität Österreichs als auch auf die österreichische Wirtschaft negativ auswirken.

- Der Global Risks Report 2022 des World Economic Forum (2022) stuft den Klimawandel bei einem Betrachtungszeitraum von zehn Jahren als größtes globales Sicherheitsrisiko ein.
- Politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels und auch seiner Symptome gehören zu den komplexesten und multidimensionalsten politischen Vorgängen, die lange dauern und eine gewisse Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung erfordern.
- Selbst in Staaten mit grüner Regierungsbeteiligung wie Deutschland und Österreich stehen Radikalmaßnahmen zur Bremsung des Klimawandels und Klima-Außenpolitik immer noch nicht an erster Stelle.
- Treibgasemissionen sinken zu langsam, und Österreich ist auf dem Weg, seine Klimaziele zu verfehlen. Damit drohen auch hohe Kompensationszahlungen (Prager, 2022).

## 5. EU-ERWEITERUNGSPOLITIK

**Innerhalb der EU gibt es bezüglich ihrer Erweiterung zwei Neigungsgruppen: jene, die von geopolitischen Notwendigkeiten sprechen, und jene, die auf Prozesse, Regeln und Beitrittskriterien hinweisen.**

Während beide Ansätze durch sachliche Argumente zu rechtfertigen sind, so ist auch klar, dass ein Beitrittsprozess, der im Falle der Westbalkan-Staaten den Beitritt einer Bevölkerung von etwa 17 Millionen Menschen meint, unverhältnismäßig viele Kapazitäten der Europäischen Union bindet, auch was ihre Aufmerksamkeitsspanne und ihre Multitaskingfähigkeit betrifft. Die EU kommt mit ihren Dialogversuchen zwischen Serbien und dem Kosovo in kleinen Schritten voran, wobei sich beide Streitparteien vorerst mündlich auf einen von der EU vorgeschlagenen Annäherungsplan geeinigt haben (u.a. bezüglich gegenseitiger Anerkennung von Reisepässen und Auto-Kennzeichen) (FAZ, 2023; NZZ, 2023). Der EU-Erweiterungsprozess dauert für den Westbalkan insgesamt bereits viel zu lang, und Frustration und Enttäuschung unter den Bewohner:innen dieser Region – als ein „ewiger Warteraum“ – wirken sich negativ auf europäische Sicherheitsinteressen aus.

### Fakten

- Aktuell haben die folgenden Staaten Kandidatenstatus für einen Beitritt zur EU: Montenegro, Serbien, Türkei, Nordmazedonien, Albanien, Ukraine, Moldau, Bosnien und Herzegowina. Georgien hat einen Mitgliedsantrag gestellt, und der Kosovo hat ebenfalls angekündigt, sich um die Mitgliedschaft zu bewerben.
- Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die seit 1999 Kandidatenstatus hat, sind spätestens nach der vorerst endgültigen Transformation in eine Autokratie nach dem Putschversuch 2016 zu einem völligen Stillstand gelangt, wurden aber nie offiziell abgebrochen.
- Als am weitesten im Prozess fortgeschritten gelten auf dem Papier Montenegro (EU-Kandidat seit 2010) und Serbien (EU-Kandidat seit 2012), obwohl beide Staaten gravierende Mängel bei der Einhaltung europäischer Grundwerte, bei ihrer institutionellen Beschaffenheit, Korruptionsbekämpfung etc. aufweisen.
- Nordmazedonien und Albanien verhandeln seit 2022 um einen Beitritt, nachdem Nordmazedonien 2018 seinen Namensstreit mit Griechenland anhand des Prespa-Abkommens beigelegt hat.

- Der Kriegsbeginn in der Ukraine führte zur Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldau sowie in weiterer Folge an Bosnien und Herzegowina sowie zu Mitgliedschaftsanträgen von Georgien und dem Kosovo.
- Mit 1.423 Mitarbeiter:innen ist die Generaldirektion „NEAR“ der Europäischen Kommission, die für Erweiterungspolitik und Nachbarschaftspolitik der EU zuständig ist, eine der besser ausgestatteten Teilorganisationen der Kommission (Europäische Kommission, 2022).
- Die Europäische Union hat für den Zeitraum von 2021 bis 2027 ein Budget von 14,5 Milliarden Euro für „Heranführungshilfe“ der EU-Kandidaten beschlossen (EESC, 2021).
- Schätzungen zufolge, die sich auf die letzten Volkszählungen bzw. bekannten Emigrationszahlen stützten, leben aktuell in den Staaten des Westbalkans noch etwa 17 Millionen Menschen. Die Einwohner:innenzahlen in den Westbalkanstaaten Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Albanien, Nordmazedonien und Montenegro sinken jährlich weiter (Reka, 2019). Das bedeutet, die gesamte Westbalkan-Region hat (im Zuge von massivem Brain-Drain) noch so viele Einwohner:innen wie die Niederlande.

- Mitgliedschaft in supra- und internationalen Strukturen wie der EU oder NATO wirkt sich besonders positiv auf die Resilienz von kleineren Staaten aus, auch dadurch, dass sie das Mindset der Bevölkerung mitformen (GLOBSEC, 2021).
- Russische Aktivitäten auf dem Westbalkan sind stark ausgeprägt, besonders in Serbien, und tragen – anders als wirtschaftliche Aktivitäten Chinas in der Region – intensiv zur Bildung öffentlicher Meinung bei. Durch die enge Verbindung des Westbalkans zur Europäischen Union generiert dieser Umstand auch Vulnerabilitäten für die EU. Faktoren dafür sind u.a. ein weiteres Ansteigen von Korruption, State Capture und eine Erosion der Medienfreiheit auf dem Westbalkan (GLOBSEC, 2021).
- Laut Eurobarometer-Umfrage (Juni, 2022) sprachen sich innerhalb der EU 58 Prozent der Befragten angesichts des Kriegs in der Ukraine für eine schnellere Aufnahme der EU-Kandidaten aus, in Österreich waren es 45 Prozent.

## ZWISCHENFAZIT

Alle fünf der oben skizzierten Herausforderungen wurzeln in deutlichen Schwächen der europäischen Erweiterungspolitik und Innenpolitik der EU-Mitgliedstaaten. Alle fünf Probleme sind europäischen Entscheidungsträger:innen seit langer Zeit bekannt. Der russische Krieg gegen die Ukraine hat keines davon ausgelöst, jedoch Europas Schwächen aufgedeckt, und übt weiteren Druck auf ohnehin sensible Thematiken und vulnerable Gruppen aus. Das hat man eigentlich schon vor dem Krieg der Pandemie nachgesagt. Gleichzeitig gelang es aus der Notwendigkeit der Krise heraus zumindest zum Teil, sich zu transformieren. An diese wenigen positiven Entwicklungen gilt es nun mutig anzuknüpfen und nachhaltige Strategien für die Zukunft zu entwickeln und umzusetzen.

## FAZIT

### **Die EU und damit das Projekt vom gemeinsamen Europa steht durch die gravierenden Umwälzungen, verursacht durch Klimakrise, Krieg, Pandemie und Wirtschaftskrise, vor einer Reihe harter Entscheidungen, die gewisse Trade-offs erfordern.**

Es wird nicht gelingen, China gegenüber gleichzeitig auf die Werte und Standards einer liberalen Demokratie zu bestehen und dabei keine Wirtschaftsbeziehung zu gefährden. Der Westbalkan wird entweder ein EU-Satellit oder ein russisch-chinesisch-türkisch-arabischer. Jedenfalls wird Europa kaum erreichen, dass alle Westbalkanstaaten die Beitrittskriterien in den nächsten Jahren erfüllen, während sich der Einfluss der europäischen Gegner dort mehrt. Es ist nicht möglich, gleichzeitig das Weltklima zu retten und alle Industrieinteressen Europas zu schützen. Entweder der eine oder andere große Player in der europäischen Rüstungsindustrie kann dazu gebracht werden, zumindest jedes zweite Mal auszusitzen, damit gemeinsam beschafft werden kann, oder es wird keine funktionale europäische Verteidigungspolitik außerhalb der NATO geben. Und so sehr Österreich bisher versucht hat, gleichzeitig neutral und auf der Seite der Ukraine zu sein, so dürfte den meisten doch langsam klar werden, dass das Eintreten für die ukrainische Souveränität und der Schutz der ukrainischen Bevölkerung zumindest in der Praxis schwerer wiegen als das Pochen auf die Neutralität.

Um in den beschriebenen Bereichen Fortschritte zu machen, gilt für die Mitgliedstaaten der Europäischen

Union die zentrale Regel: Sei niemals selbst die Schwachstelle. Durch die enge Verbundenheit der EU-Mitgliedstaaten ist es für Gegner Europas ein Leichtes, durch Ausbeutung der Schwächen eines Glieds in der Kette alle anderen negativ zu beeinflussen. Gleichzeitig sind große, wohlhabende, einflussreiche Mitgliedstaaten gefordert, nicht nur die Lücken in ihren eigenen Schutzschilden zu stopfen, sondern aus eigenem Interesse kleineren, ressourcenärmeren Staaten mit Rat, Tat und finanziellen Mitteln zur Seite zu stehen.

Was den Westbalkan und die europäische Erweiterungspolitik angeht, ist klar, dass die EU in ihrem eigenen Interesse eine bittere Pille schlucken muss: Entweder riskieren, zumindest Serbien an Russland zu verlieren, weil man auf die Erfüllung der Kriterien nach Punkt und Beistrich besteht, oder aber die Staaten im Wartezimmer der EU schleunigst aufzunehmen und sich mit deren Aufholbedarf nach einem Beitritt herumschlagen. Die vieldebattierte „Mitgliedschaft light“ könnte ein Ausweg dafür sein: Zugang zum Binnenmarkt und Beobachterstatus in den europäischen Institutionen, aber kein Stimmrecht für jene Staaten, die die Kriterien noch nicht erfüllt haben.

Ein gewisser Ehrgeiz der Mitgliedstaaten und der Kandidatenstaaten dabei, Europa in einen geopolitischen Machtfaktor zu transformieren, wäre einer gelungenen EU-Integration dienlich. Hier ist auch Österreich gefordert. Vieles, was die Mitgliedstaaten tun können, um Europa zu stärken, betrifft aber ihre eigene Innenpolitik, nämlich das Bekenntnis jedes Mitgliedstaats zur

konsequenten Umsetzung der mittel- und langfristigen Pläne bei für Europa überlebenswichtigen Themen, ungeachtet der eigenen Wahltermine.

Wer China oder sogar die Türkei beobachtet, wie sie ihren Einfluss in der Welt ausdehnen, nachdem sie Jahre zuvor ihre Ziele und Pläne erklärten, mag einen Unterschied zu Europa erkennen, in dem die Fortschritte auf politischer Ebene, wenn überhaupt, durch Krisen oder Zufälle hervorgerufen erscheinen. Selbstverständlich liegen dem unzählige Arbeitsstunden in Verwaltungsapparaten überall in Europa zugrunde. Dennoch: Die politische Vision hat in Europa oft mangelnden Ewigkeitscharakter. Einen Anteil daran hat sicher die Pluralität Europas, die Freiheit, diverse Ansätze und Meinungen zu haben, was durchaus eine Stärke ist. Jedenfalls aber gilt es für Europa, einen Umgang mit dem langfristigen Fokus seiner geopolitischen Gegner zu finden, während es selbst von Kleinstaaterei und Tagespolitik auf 27 nationalen Bühnen beherrscht wird.

Europa muss nach seinen vielfachen Bekundungen, eine Rolle in der globalen Politik spielen zu wollen, nun entscheiden, welche konkrete Rolle das sein soll. Die USA etwa sprechen in diesem Zusammenhang von einem stark *interessen*getriebenen Ansatz. US-Amerikanische Diplomaten, Militärs und Wirtschaftstreiber verfolgen mit ihren Aktivitäten in der Welt klare Interessen, wie die amerikanische Vorherrschaft im wirtschaftlichen Bereich oder das Gewährleisten der nationalen Sicherheit der Vereinigten

Staaten. China, Russland und auch die Türkei verfolgen Ansätze, die sich auf vergangene Größe und Bedeutung dieser Reiche stützen. „Retrotopia“ nennt der polnisch-britische Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman diese Konstrukte (2017). Wenn die USA von „Interessen“ sprechen, heißt es in Europa manchmal „Werte“, was nicht zuletzt aufgrund der europäischen Inkonsequenz bei der eigenen Einhaltung dieser Werte vielleicht nicht die schärfste Linse ist, durch die man europäische Aktivitäten in der Welt betrachten könnte. In erster Linie muss Europa sich also über seine Interessen klar werden und mutig zu diesen stehen. Darauf aufbauend lässt sich eine Rolle für die EU in der Weltpolitik entwickeln – im Idealfall wird Europa der Anwalt für das Klima, in seinem eigenen Interesse.

Österreich kann einen ersten Beitrag leisten, indem es die Frage nach seinen Interessen und der Rolle, die es innerhalb der EU und darüber hinaus gerne in der Welt spielen würde, zumindest einmal für sich selbst beantwortet. In der Vergangenheit hat das Außenministerium Österreichs diese Frage manchmal mit Variationen des Folgenden beantwortet: *Österreich ist die Brücke zwischen West und Ost, da es geografische, wirtschaftliche, historische und kulturelle Verbindungen mit beiden Enden Europas hat.* Die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel galt in den Augen vieler Menschen als eine weitere dieser Brücken zwischen West und Ost und Europa, und ihre Abwesenheit in diesem Bereich mag für den einen oder die andere spürbar sein. Österreich muss einen Versuch starten, dieser seiner Wunschrolle neues Leben einzuhauchen,

anstatt hinter Deutschland und die USA zurückzutreten, wenn es etwa um den Westbalkan geht, oder darum, seine eigene Rolle in Europa neu zu definieren.

Hat Europa manchmal ein Problem mit der Vorgehensweise der USA, so liegt es an den Mitgliedstaaten und Brüssel selbst, nicht nur stark gegenüber geopolitischen Gegnern, sondern auch gegenüber internationalen Partnern aufzutreten. Das dient nicht nur der Verteidigung der eigenen Interessen in einer Partnerschaft, sondern hilft auch dem Partner bei der Gestaltung einer konstruktiven Zusammenarbeit, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Cyberbedrohungen oder einer gemeinsamen Linie gegenüber Konkurrenzländern wie China.

Dem Kreml ist die österreichische Neutralität in den letzten Jahren weitgehend egal gewesen. Russland hatte dankend abgelehnt, als Österreich unter Außenministerin Karin Kneissl anbot, in der Affäre um die Vergiftung von Sergei und Yulia Skripal durch Russland zu vermitteln (*Die Presse*, 2018). Im März 2022 äußerte das russische Außenministerium „ernste Zweifel an Österreichs Neutralität“ und verurteilte Aussagen von Außenminister Alexander Schallenberg und Bundeskanzler Karl Nehammer als „emotionale antirussische Rhetorik“ (oe24, 2022). Anders als in Schweden und Finnland fand in Österreich kein Umdenken bezüglich Neutralität statt, nachdem Russland in der Ukraine eingefallen war. In einer von Unique Research durchgeführten Umfrage im März 2022 antworteten auf die Frage „Ist die Neutralität noch

zeitgemäß?“ 56 Prozent der Befragten mit „Ja, ganz sicher“ und 22 Prozent mit „eher ja“ (*Heute*, 2022). Bei einer weiteren von Gallup durchgeführten Umfrage im Juni 2022 gaben 71 Prozent der Befragten an, dass es für die Sicherheit Österreichs besser sei, die Neutralität zu wahren, nur 16 Prozent sprachen sich für einen NATO-Beitritt aus (*Kleine Zeitung*, 2022). Ein offener Brief überwiegend von prominenten und weniger bekannten Österreicher:innen, von denen sich etwa die Hälfte noch nie öffentlich zum Thema Verteidigungspolitik geäußert hatte, forderte im Mai 2022 eine „ernsthafte Diskussion über Verteidigungspolitik“. Der Aufruf blieb nach initialer Medienberichterstattung unbeachtet (*Der Standard*, 2022), sodass im Februar 2023 ein zweiter offener Brief mit dem gleichen Aufruf folgte, mit einem ebenfalls geringen Medienecho.

Dass Österreichs Bevölkerung dennoch dezidiert an der Neutralität festhalten möchte, ist eine Tatsache, die vorerst auch die Befürworter:innen einer stärkeren österreichischen Teilhabe an europäischer Verteidigungspolitik innerhalb oder außerhalb der NATO akzeptieren müssen. Dass aber gleichzeitig auf eine konstruktive Neutralitätspolitik verzichtet wird, grenzt an Faulheit und birgt die Gefahr, dass die Neutralität eher zu einer Hürde für Österreichs außen- und verteidigungspolitische Bemühungen wird als zu einem Asset (Senn, 2022).

Immerhin scheint das Land durch den Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine doch aus einer Art diplomatischem Dornröschenschlaf erwacht zu

sein. Nach Jahren des Desinteresses auf der politischen Ebene betreibt Österreich immerhin wieder sichtbare Außenpolitik, auch wenn sie nicht jedem: jeder so professionell anmutet, wie er: sie es sich wünschen möchte. Entscheidend wird sein, ob sich daraus eine haltungsgetriebene außenpolitische Strategie entwickeln lässt, wenn das öffentliche Interesse am Krieg in der Ukraine nachlässt.

Die andere sicherheitspolitische Auswirkung, die der russische Krieg in der Ukraine auf Österreich hat, ist, dass zumindest im Ansatz ein Umdenken bezüglich externer Einflussnahme in Europa und Österreich stattfindet, die sich bisher allerdings hauptsächlich auf Rohstoffe besonders im Energiebereich konzentriert. Österreich hat gelernt, dass es gute Gründe dafür gibt, sich nicht vollständig von einzelnen externen Akteuren abhängig zu machen. Zumindest hat Österreich das vorübergehend bezüglich Russland gelernt. Andere mächtige Stakeholder der Geopolitik verfügen in Österreich weiterhin über sehr großen Einfluss. Bei manchen Staaten außerhalb Europas wird das als weniger bedrohlich gesehen, weil es sich dabei um Demokratien bzw. Partnerstaaten handelt. Sollte sich dieser Status graduell ändern, müsste auch Österreich seine Verflechtungen mit solchen Staaten reevaluiieren. Aktuell verfolgt Österreich jedoch bei der Abwehr ungewollter Einflüsse von außen einen Ansatz, der je nach einflussnehmendem Staat völlig unterschiedlich ist. Auf der einen Seite ist das zum Teil sinnvoll, da diese Staaten in Europa unterschiedliche Interessen mit unterschiedlichen Mitteln verfolgen

(z.B. Diaspora-Politik der Türkei, Investitionen Chinas in kritische Infrastruktur etc.). Auf der anderen Seite aber gäbe es gute Gründe dafür, einen Ansatz zu wählen, der definiert, in welchen Bereichen, welchen Institutionen, welchen Prozessen Österreich befähigt sein möchte, völlig unabhängig von Regierungen außerhalb der EU zu agieren, egal um welche Regierungen es sich dabei handelt. Da Österreich nun durch den Prozess geht, seine Abhängigkeit von russischem Gas signifikant zu reduzieren, gälte es, daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen und Resilienz, unabhängig von einzelnen Nationen, gesamtheitlich zu denken.

Allgemeiner formuliert hat Österreich vielleicht noch nicht so viel aus dem Jahr 2022 gelernt, jedoch fanden deutliche Denkanstöße in Richtung einer längerfristigen Planung in vielen Bereichen statt, um Österreichs Sicherheit und Wohlstand auch in Zukunft zu garantieren. Damit das allerdings nicht in Vergessenheit gerät, sind alle politischen Stakeholder gefordert, die Learnings des Jahres 2022 auf die nächste Ebene zu heben und als Grundlage für eine nachhaltigere außen- und verteidigungspolitische Planung und Entwicklung zu nehmen, die niemals als abgeschlossen angesehen werden kann.

Jedenfalls aber kann Österreich sich in der Frage nach der Stärkung der Europäischen Union weder hinter seiner Kleinheit noch seiner Neutralität verstecken, denn in einer vielschichtigen Herausforderungslandschaft wie in Europa gibt es für jede:n Spezialist:in ein paar Jobs. So wurde Österreich etwa im Dezember 2022 auf

dem Vienna Forum on Countering Segregation and Extremism in the Context of Integration von Expert:innen für seine vergleichsweise guten und strengen Gesetze bezüglich ausländischer Finanzierung von religiösen und Kulturvereinen gelobt. Könnte Österreich nun noch den Schritt zu einer besseren „Politik des Zusammenlebens“ machen, die keinen Platz für die Rekrutierung radikaler Gruppen z.B. in den Köpfen Jugendlicher lässt, wie der ebenfalls beim Vienna Forum anwesende liberale Minister Belgiens Bart Somers vorschlug, so wüchse es nicht nur über sich selbst hinaus, es könnte auch einen signifikanten Beitrag zur Stärkung Europas leisten.



## HANDLUNGS- EMPFEHLUNGEN

**Allen Handlungsempfehlungen vorausgeschickt ist festzustellen, dass es sich dabei um europäische Lösungswege handelt, die von den Mitgliedstaaten, also auch Österreich, mitgestaltet und mitgetragen werden müssen, um effektiv zu sein. Österreich ist gefordert, vor allem dadurch zur Bewältigung der beschriebenen Herausforderungen beizutragen, dass es nicht selbst zu einer Vulnerabilität der EU wird.**

➤ **Europa muss Klarheit in die Beziehung zu den USA bringen.** In einem multipolaren System, in dem Europas stärkster und wichtigster Partner USA heißt, müssen gegenseitige Verpflichtungen, aber auch rote Linien klar definiert werden, oder: Strenge Rechnung macht gute Freundschaft. Es liegt an Europa, seine Position in dieser Beziehung so zu stärken, dass es ein echter Partner ist und kein Anhängsel. Wie bereits in der europäischen Wettbewerbspolitik der Fall, gehört auch dazu, die eigenen Grundsätze in einer Partnerschaft zu verteidigen. Ein Beispiel sind klare gegenseitige Regeln bei Eingriffen in den Cyberraum des jeweils anderen zur Verteidigung der eigenen Sicherheitsinteressen. Anstatt einander solche Eingriffe in den souveränen Raum mehr oder weniger „durchgehen zu lassen“, gibt es die Möglichkeit, klare Points of Contact zu etablieren, die mittels Early Warning von einem solchen geplanten Eingriff informieren, und das unter voller Reziprozität. Für beide Partner müssen (dieselben) Regeln gelten, wenn man auf Augenhöhe miteinander interagieren und kooperieren möchte. Will Europa in Fragen seiner Beziehung zu China, globaler Handelspolitik, Iran oder auch Waffenkontrollverträge keinen fundamental anderen Weg gehen als die USA, mit deren militärischer Unterstützung es weltweit notfalls rechnen kann, so wäre es klug, auch in diesen Fragen untereinander rote Linien zu ziehen, klar zu kommunizieren und den amerikanischen sowie europäischen Bürger:innen zu vermitteln. Eine solche klare Regelung der Beziehung käme auch multilateralen Beziehungen beider Partner zugute

und böte weniger Gelegenheit, die transatlantische Partnerschaft von außen zu schwächen.

Klarheit über eine europäische Position geht der Klarheit von mitgliedstaatlichen Positionen voran. Österreich muss seinen Mangel an einer gefestigten, in seinen Interessen, Stärken und Partnerschaften verwurzelten, nachhaltigen außenpolitischen Strategie so schnell wie möglich beheben.

➤ **Europäische Rüstungsindustriepolitik muss eine allen bewusste Grundlage der GSVP werden.** Der innereuropäische Wettbewerb auf dem Rüstungsmarkt ist selten durch Konsens charakterisiert und wird deshalb bei hochschwingenden Reden zur gemeinsamen Verteidigung Europas totgeschwiegen. Für eine zukunftsfähige GSVP ist dieser Zustand inakzeptabel und muss schnellstens überwunden werden. Ansonsten ist es für jeden geopolitischen Gegner außerhalb Europas das leichteste Rechenspiel der Welt, immer neue Wege zu finden, die europäische Verteidigungsintegration zu bremsen. Österreich verfügt über wichtige Rüstungsbetriebe, die weltpolitikentscheidende Staaten maßgeblich beliefern. Gleichzeitig ist es aufgrund seines neutralen Status keines jener Länder, die in innereuropäische Konflikte um große Auftragsvergaben verwickelt sind. Neutralität ist allerdings keine Entschuldigung dafür, sich nicht für eine nachhaltige europäische Rüstungsindustriepolitik mit hohen Transparenzstandards einzusetzen, von der letzten Endes auch Österreich profitiert, wie

im Fall einer europäischen Raketenabwehr.

➤ **Europa muss unabhängig von unerwünschter äußerer Einflussnahme werden – egal woher diese kommt.**

Die Idee „Zusammen sind wir stärker“, in der viele Mitgliedstaaten heute die Existenzberechtigung der Europäischen Union sehen, ist nur dann tragfähig, wenn sichergestellt wird, dass nicht von Dritten für Europa, in Europa und über Europas Kopf hinweg entschieden werden kann. Die Rolle jedes Mitgliedstaates bei der Erreichung dieses Ziels ist es sicherzustellen, nicht selbst die Schwachstelle zu sein, die unerwünschter Einflussnahme von Dritten Tür und Tor nach Europa öffnet. Jedes Land – so auch Österreich – dient Europa am besten, wenn es seine Wirtschaft nicht in einseitigen Abhängigkeiten außerhalb Europas belässt oder weiter hineinmanövriert. Gleichzeitig hat jeder Mitgliedstaat die Verantwortung über eine funktionierende Gesellschaftspolitik, die radikalen und radikalierenden Kräften keine Angriffsfläche und keinen Handlungsspielraum bietet.

➤ **Europa muss den Kampf gegen den Klimawandel zum strukturellen Sicherheitsthema Nummer eins machen.** Klimapolitische Maßnahmen, besonders wenn sie einen effizienteren Umgang mit Energie erzielen sollen, mögen nicht so attraktiv wirken wie die Anschaffung neuer Kampfjets, doch sie sind das zentrale Thema europäischer und weltweiter Sicherheit. Es gibt keinen triftigen Grund, bei der Klimakrise aus sicherheitspolitischer Perspektive gelindere Maßstäbe oder Zeitpläne anzulegen als bei

globalen Kriegsentwicklungen oder Terrorismus, wenn entschlossene Schritte zur Abwehr dieser Bedrohung zu setzen sind. Das bedeutet auch, dass glaubwürdige und expertisenbasierte Klimadiplomatie oder Klima-Außenpolitik langfristig die außenpolitische Priorität Europas werden müssen, denn von strengen Regeln und hohen Standards einzig in Europa wird die Menschheit in Europa und weltweit nicht vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen sein. Das birgt auch Möglichkeiten für eine etwaige aktive österreichische Neutralitätspolitik, sollte sich Österreich erwartungsgemäß weiterhin weigern, seine Neutralität aufzugeben. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Österreich sich ehrgeizige Klimaziele setzt und diese auch im gesetzten Zeithorizont erfüllt sowie gleichzeitig Bewusstseinsbildung bei seiner gesamten Bevölkerung betreibt, damit diese stolz auf das Erreichte und ehrgeizig für künftige Klimaziele ist, statt notwendige Maßnahmen als Strafe zu sehen.

➤ **Europa muss das Projekt EU-Erweiterungspolitik zügig abschließen.** Während Europa wenig Fortschritte beim Thema Erweiterungspolitik macht, mehren sich die neuen Herausforderungen für seine GASP. Die EU-Erweiterung war nie als ewiges Großprojekt für ganze Bürokratieapparate gedacht. Die EU ist an einem Punkt angelangt, wo sie klar entscheiden muss, ob geopolitische Interessen Europas auf dem Westbalkan mittlerweile schwerer wiegen als das ohnehin seit mehr als einem Jahrzehnt demolierte System von Beitrittskriterien und Standards, wonach kaum ein Beitritt erfolgt und die

ohnehin durch jede nationale Regierung in Europa wieder aufgeweicht werden können, wenn diese es darauf anlegt. Die EU soll von ihren Mitgliedern und zukünftigen Mitgliedern nicht nur die Einhaltung von bestehenden Regeln, sondern klare Bekenntnisse und Beiträge zum Europa der Zukunft verlangen und ihnen so wichtige gestaltungspolitische Rollen verleihen, wie es das Innehaben einer Ratspräsidentschaft seit Einführung des:der permanenten Ratspräsident:in nicht mehr vermag.

Für Österreich bedeutet das auch, dass Bekenntnisse politischer Entscheidungsträger:innen zur Westbalkan-Erweiterung allein nicht ausreichen. Es gilt für den Moment des nächsten Beitritts zu planen, Negativhaltungen bei unterschiedlichen Gruppierungen im Land abzubauen und für den Tag zu planen, an dem die nächste Erweiterungsrunde erfolgt.

# LITERATURVERZEICHNIS

**AGES** (2022): Informationen zu Hitze. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.ages.at/umwelt/klima/informationen-zu-hitze>

**Baumann, Z.** (2017): Retrotopia. Polity, 2017. Zuletzt aufgerufen 15. Dezember 2022:

Link: <https://www.perlego.com/book/1536355/retrotopia-pdf>

**Berzina, K. und Soula, E.** (2020): Conceptualizing Foreign Interference in Europe. German Marshall Fund of the United States, 2020. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://securingdemocracy.gmfus.org/what-is-foreign-interference-conceptualizing-foreign-interference-in-europe/>

**Chibani, A.** (2022): Climate Change in MENA: Current Pressures and Future Dangers. Wilson Center, 2022. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.wilsoncenter.org/article/climate-change-mena-current-pressures-and-future-dangers>

**Directorate General DEFIS der Europäischen**

**Kommission** (2021): DG DEFIS. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: [https://commission.europa.eu/about-european-commission/departments-and-executive-agencies/defence-industry-and-space\\_en](https://commission.europa.eu/about-european-commission/departments-and-executive-agencies/defence-industry-and-space_en)

**Die Presse** (2018): Russland holt zum Gegenschlag aus, Kneissl bietet Vermittlung an. Die Presse, 29. März 2018. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.diepresse.com/5397668/russland-holt-zum-gegenschlag-aus-kneissl-bietet-vermittlung-an>

**EESC** (2021): Instrument Pre-Accession IPA III. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/instrument-pre-accession-ipa-iii>

**Eurobarometer** (2022): Frühjahrs Eurobarometer-Umfrage 2022. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/europa-aktuell/2022/fruehjahrs-eurobarometer-umfrage-2022.html>

**Europäische Kommission** (2016): European Defence Action Plan. Brussels, 30.11.2016 COM(2016) 950 final. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016DC0950&from=en>

**Europäische Kommission** (2022): European Commission HR key figures 2022. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: [https://commission.europa.eu/about-european-commission/organisational-structure/commission-staff\\_en](https://commission.europa.eu/about-european-commission/organisational-structure/commission-staff_en)

**FAZ** (2023): Serbien und das Kosovo: Normalisierung nach deutschem Vorbild. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Februar 2023. Zuletzt aufgerufen 1. März 2023:

Link: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/serbien-und-das-kosovo-einigen-sich-auf-normalisierung-der-beziehungen-18711668.html>

**Gaub, F. und Lienard, C.** (2021): Arab Climate Futures – Of risk and readiness. EUISS, Chailot Paper #170. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: [https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/CP\\_170\\_0.pdf](https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/CP_170_0.pdf)

**GLOBSEC** (2021): Vulnerability Index Evaluating Susceptibility to Foreign Malign Influence. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.globsec.org/what-we-do/publications/globsec-vulnerability-index-evaluating-susceptibility-foreign-malign>

**Heute** (2022): Zustimmung zur Neutralität in Österreich stark gestiegen. Heute, 4. März 2022. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.heute.at/s/zustimmung-zur-neutralitaet-in-oesterreich-stark-gestiegen-100193763>

**Kleine Zeitung** (2022): Österreicher und Schweizer halten an Neutralität fest. Kleine Zeitung, 2. Juni 2022. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: [https://www.kleinezeitung.at/oesterreich/6147631/GallupUmfrage\\_Oesterreicher-und-Schweizer-halten-an-Neutralitaet-fest](https://www.kleinezeitung.at/oesterreich/6147631/GallupUmfrage_Oesterreicher-und-Schweizer-halten-an-Neutralitaet-fest)

**Koch, M.** (2022): EU fordert unverzügliche Beschränkungen für „Hochrisiko-Lieferanten“ im 5G-Netz. Handelsblatt, 18. Oktober 2022. Zuletzt aufgerufen 20. Jänner 2023:

Link: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/kritische-infrastruktur-eu-fordert-unverzuegliche-beschraenkungen-fuer-hochrisiko-lieferanten-im-5g-netz/28751944.html>

**Kurier** (2023): „Neutralität schützt uns nicht“: Neuer offener Brief gegen „Windstille“. Kurier, 18. Februar 2023. Zuletzt aufgerufen 28. Februar 2023:

Link: <https://kurier.at/politik/ausland/neutralitaet-verfassung-oesterreich/402333729>

**Mach, K.J., et. al.** (2019): Climate as a risk factor for armed conflict. *Nature* 571: 193–197, doi:10.1038/s41586-019-1300-6

**NZZ** (2023): Kosovo und Serbien. Die Weichen für die Zukunft der Nachbarn sind gestellt. *Neue Zürcher Zeitung*, 28. Februar 2023. Zuletzt aufgerufen 1. März 2023:

Link: <https://www.nzz.ch/meinung/kosovo-und-serbien-stellen-weichen-fuer-die-zukunft-id.1728125?reduced=true>

**OE24** (2022): Moskau: Ernste Zweifel an Österreichs Neutralität. *OE24*, 5. März 2022. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.oe24.at/welt/ukraine-krieg/moskau-ernste-zweifel-an-oesterreichs-neutralitaet/512721673>

**Paris Call** (2018): Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://pariscall.international/en/principles>

**Prager, A.** (2022): Österreich ist weit von seinen Klimazielen entfernt. *Der Standard*, 20.10.2022. Zuletzt aufgerufen 20. Jänner 2023:

Link: <https://www.derstandard.at/story/2000140095571/oesterreich-ist-weit-von-seinen-klimazielen-entfernt>

**Reka, B.** (2019): Western Balkans Depopulation. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.gisreportsonline.com/r/western-balkans-depopulation/>

**Senn, Martin** (2023), Österreichs Neutralität, in: Senn, Martin/Franz Eder/Markus Kornprobst (eds.) (2023), *Handbuch Außenpolitik Österreichs*, Wiesbaden: Springer VS, 23–50, Internet:

Link: [https://doi.org/10.1007/978-3-658-37274-3\\_2](https://doi.org/10.1007/978-3-658-37274-3_2)

**Sicherheitshalber Podcast** (2022): #65 Was bitte, ist das „European Skyshield“ | Shopping mit Sonder(un)vermögen. 3. Dezember 2022. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://open.spotify.com/episode/4QDENbhBXfwuc7tzFkHkW7?si=98952cb1838f49ac>

**SIPRI** (2022): The SIPRI TOP 100 armsproducing and military services companies 2021. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: [https://www.sipri.org/sites/default/files/2022-12/fs\\_2212\\_top\\_100\\_2021.pdf](https://www.sipri.org/sites/default/files/2022-12/fs_2212_top_100_2021.pdf)

**SRF** (2022): «Die Nato ist nicht der Weltpolizist, der für Stabilität sorgt». Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.srf.ch/news/international/krieg-in-der-ukraine-die-nato-ist-nicht-der-weltpolizist-der-fuer-stabilitaet-sorgt>

**Standard** (2022): Prominente fordern ernsthafte Diskussion über Verteidigungspolitik. *Standard*, 9. Mai 2022. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.derstandard.at/story/2000135543836/prominente-fordern-ernsthafte-diskussion-ueber-verteidigungspolitik>

**Sulzbacher, M.** (2020): 5G: UK setzt Huawei vor die Tür, in Österreich wird dessen Technik großflächig eingesetzt. *Standard*, 6. Juli 2020.

Zuletzt aufgerufen 20. Jänner 2023:

Link: <https://www.derstandard.at/story/2000118539756/5g-uk-setzt-huawei-vor-die-tuer-in-oesterreich-wird>

**SWP** (2022): Klimawandel als Sicherheitsproblem.

Zuletzt aufgerufen 12. Dezember 2022:

Link: <https://www.swp-berlin.org/themen/dossiers/klimapolitik/klimawandel-als-sicherheitsproblem>

**Tidey, A.** (2022): Here's how China could use its ownership of EU critical infrastructure to exert pressure. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.euronews.com/my-europe/2022/11/10/heres-how-china-could-use-its-ownership-of-eu-critical-infrastructure-to-exert-pressure>

**Townshend, A.** (2022): U.S. Indo-Pacific Power Depends on Restraint in Ukraine. *Foreign Policy*, 9. Februar 2022. Zuletzt aufgerufen 20. Jänner 2023:

Link: <https://foreignpolicy.com/2022/02/09/us-indo-pacific-russia-ukraine-geopolitics/>

**IPCC** (2022): UN climate report: It's 'now or never' to limit global warming to 1.5 degrees. Zuletzt aufgerufen 12. Dezember 2022:

Link: <https://news.un.org/en/story/2022/04/1115452>

**Vienna Forum on Countering Segregation and Extremism in the Context of Integration** (2022): Livestream. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

<https://fb.watch/hFz-EHhCho/>

**White House** (2022): National Security Strategy. Zuletzt aufgerufen 20. Jänner 2023:

Link: <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/11/8-November-Combined-PDF-for-Upload.pdf>

**Wiener Zeitung** (2018): Türken in Österreich wählen zu 70 Prozent Erdogan. *Wiener Zeitung*, 25. Juni 2018. Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/973195-Tuerken-in-Oesterreich-waehlen-zu-70-Prozent-Erdogan.html>

**World Economic Forum (2022):**

The Global Risks Report 2022. Zuletzt aufgerufen  
26. Dezember 2022:

Link: [https://www3.weforum.org/docs/WEF\\_The\\_Global\\_Risks\\_Report\\_2022.pdf](https://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Global_Risks_Report_2022.pdf)

**WWF (2019):**Zuletzt aufgerufen 26. Dezember 2022:

Link: [https://www.bundesforste.at/fileadmin/publikationen/studien/Klimastudie\\_WWF.pdf](https://www.bundesforste.at/fileadmin/publikationen/studien/Klimastudie_WWF.pdf)



**IMPRESSUM:**

**NEOS Lab**

**Das offene Labor für neue Politik**

**Neubaugasse 64–66**

**1070 Wien**

**Österreich**